

Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein

Abteilung Vollstreckungssachen (Immobilien)

Az.: 3 K 48/25

Ludwigshafen, 07.10.2026

Terminsbestimmung:

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Datum	Uhrzeit	Raum	Ort
Dienstag, 01.12.2026	10:00 Uhr	VII, Sitzungssaal	Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigs- hafen

öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung:

Eingetragen im Grundbuch von Oggersheim

Gemarkung	Flur, Flur- stück	Wirtschaftsart u. Lage	m²	Blatt
Oggersheim	612/32	Hof- und Gebäudefläche Langgewannstraße 34	186	4288 BV 1

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

bebaut mit Dreifamilienhaus und Nebengebäuden (Werkstätte, Garage etc.), Ursprungsbaujahr um 1912, Um-/Anbauten 1927, 1959, 1963, insgesamt ca. 160 qm Wohnfläche (EG: 2 ZKB, 60 qm / OG: 2 Zimmer + Küche, Abstellraum + WC außerhalb der Wohnung, 50 qm / DG: 2 ZKB, 50 qm);

Verkehrswert:

385.000,00 €

Weitere Informationen unter www.zvg-portal.de / www.versteigerungspool.de / www.zvg.com

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten:

Gläubigerbank, Tel.Nr. 06221 511-3087, GZ: KA/5720201/1369964035/2365

Der Versteigerungsvermerk ist am 04.06.2025 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hinweis:

Gemäß §§ 67 - 70 ZVG kann im Versteigerungstermin für ein Gebot Sicherheit verlangt werden. Die Sicherheit beträgt 10 % des Verkehrswertes und ist sofort zu leisten. Sicherheitsleistung durch Barzahlung ist ausgeschlossen.
Bietvollmachten müssen öffentlich beglaubigt sein.